

Ausländische Direktinvestitionen in den Transformationsländern	183
Spaniens Wirtschaft im Vorfeld der EWWU — Hohe Arbeitslosigkeit erfordert dynamisches Wachstum	190

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 11/97

Berlin

Stöglin

13. März 1997

64. Jahrgang

Ausländische Direktinvestitionen in den Transformationsländern

Seit Beginn des Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gelten ausländische Direktinvestitionen als Schlüsselfaktor bei der Umstrukturierung. Von Direktinvestitionen wird — zusammen mit anderen Formen privaten Kapitalimports — ein wichtiger Beitrag zur externen Finanzierung der makroökonomischen Anpassung erwartet. Sie können ein Katalysator für wirtschaftlichen Wandel sein, denn durch Direktinvestitionen wird externe Verschuldung vermieden und internationales Vertrauen in die Nachhaltigkeit des Reformprozesses belegt.

Das DIW hat im Rahmen einer Untersuchung über die außen- und binnenwirtschaftlichen Konsequenzen eines Beitritts der assoziierten Länder Ostmitteleuropas zur EU sowie einer vertieften Arbeitsteilung zwischen der EU und den GUS-Staaten auch die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen analysiert¹. Dieser Teil der Untersuchung wird hier mit revidierten und aktualisierten Daten vorgestellt.

Die Reformen in den Transformationsländern, vor allem Ostmitteleuropas², ihr intensiver Außenhandel und die Erleichterung des Kapitalimports sind die Grundlagen des kräftiger gewordenen Stroms von Direktinvestitionen aus den Industrieländern, namentlich der EU. Hauptanreize für die Investoren sind die wachsende Inlandsnachfrage dieser Länder und die Möglichkeit, den EU-Markt von kostengünstigen Produktionsstandorten aus zu bedienen. Angesichts der Dominanz des Motivs der Marktsicherung und -erweiterung bei der Durchführung von Direktinvestitionen im Ausland bedeutet dies in der Regel auch eine Stärkung des Exports für die Herkunftsländer.

Formen der Direktinvestitionen

Bei den unternehmerischen Engagements dominierte in der Mehrzahl der früheren Investitionsobjekte das „joint venture“ — die bis 1989 mehr oder weniger einzige Organisationsform, die für ausländische Direktinvestitionen zugelassen war. Aber auch gegenwärtig werden noch Joint Ventures eingegangen, vor allem um die administrativen

Schwierigkeiten gering zu halten. Zudem verbinden sich damit im Einzelfall steuerliche Vorteile. Die wichtigste Form, in der sich Engagements ausländischer Investoren in jüngerer Zeit vollzogen haben, sind direkte Käufe vorhandener Vermögensbestände, häufig im Rahmen der Privatisierung staatseigener Unternehmen. Damit erwirbt der Käufer — meist über Tochterunternehmen vor Ort — Zugang zu Rohstoffen, qualifiziertem Personal oder einer Produktionsbasis für künftigen Export.

Ebenso als Direktinvestition zählt indirektes Engagement durch Erwerb von Beteiligungen, bei denen mindestens 10 vH des Firmenvermögens erworben werden. Das selbe gilt für den Kauf von Anteilen ausländischer oder

¹ Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, September 1996. Die Untersuchung erscheint demnächst unter dem Titel „Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU — Transformation, Verflechtung, Reformbedarf“ als Heft 167 der DIW-Reihe Beiträge zur Strukturforchung; Verlag Duncker & Humblot.

² Polen, Tschechische und Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen.

heimischer Investmentfonds, die ein Unternehmen bereits kontrollieren oder durch Zukauf dazu wirtschaftlich in der Lage sind, doch angesichts unterentwickelter Kapitalmärkte ist diese Form eher die Ausnahme. Größere Auslandsverkäufe im Rahmen von Privatisierungsaktionen sind im allgemeinen mit Nebenbedingungen verknüpft: Vom Investor wird in Zukunft der Erwerb weiterer Anteile bzw. weiteres kapitalmäßiges Engagement bei der Um-

strukturierung des Unternehmens, der Erhöhung der vorhandenen Kapazität oder dem Aufbau neuer Produktionslinien erwartet. Darüber hinaus sind in der Regel bestimmte Bereiche für ausländische Direktinvestitionen tabu. Dazu zählen die Beteiligung bei der Privatisierung kleinerer Unternehmen, der Einstieg in „strategische“ Sektoren oder Unternehmen, Privatisierungsaktionen durch Ausgabe von Zertifikaten sowie ein unbeschränkter

Tabelle 1

Zahlenangaben internationaler Organisationen zu Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa 1992 bis 1995
in Mill. US-\$

	Ströme				Bestände			
	1992	1993	1994	1995	1992	1993	1994	1995
Polen								
OECD	467	1 027	770	...	470	1 614	2 434	...
UNCTAD	678	1 715	1 875	2 510	1 289	3 004	4 879	7 389
ECE	284	580	542	1 134	1 370	2 307	3 789	7 843
EUROSTAT	299	888	736	...	...	...	...	...
Tschechoslowakei								
OECD	924	968	1 159	...	1 351	2 320	3 613	...
UNCTAD	1 103	...	...	...	2 167	...	...	...
ECE	1 082	651	1 012	2 683	1 829	2 532	3 576	6 313
EUROSTAT	...	...	...	...	...	...	...	...
Tschech. Republik								
OECD	...	...	...	...	...	...	...	...
UNCTAD	...	568	862	2 500	...	2 680	3 558	6 058
ECE	982	517	842	2 526	1 598	2 166	3 029	5 587
EUROSTAT	997	951	1 143	...	...	...	...	...
Slowak. Republik								
OECD	...	...	...	...	...	...	...	...
UNCTAD	...	199	203	250	...	400	402	652
ECE	100	134	170	157	231	366	547	726
EUROSTAT	...	283	127	...	...	...	...	...
Ungarn								
OECD	1 303	2 146	1 273	...	2 365	4 820	5 999	...
UNCTAD	1 479	2 350	1 144	3 500	2 944	5 294	6 438	9 938
ECE	1 471	2 328	1 097	4 410	5 502	8 342	9 965	13 740
EUROSTAT	1 284	1 425	1 002	...	...	...	...	...
Slowenien								
OECD	...	...	...	...	...	...	...	...
UNCTAD	111	113	84	150	111	223	308	458
ECE	113	111	131	170	...	710	1629	2762
EUROSTAT	...	85	63	...	...	...	...	...
Bulgarien								
OECD	12	35	119	...	23	25	67	...
UNCTAD	42	55	106	135	102	157	263	398
ECE	42	40	105	98	65	192	412	517
EUROSTAT	12	36	112	...	...	...	...	...
Rumänien								
OECD	-6	50	92	...	57	93	150	...
UNCTAD	77	94	340	373	117	211	551	924
ECE	73	87	341	417	516	652	1 135	1 597
EUROSTAT	-16	29	70	...	...	...	...	...

Anmerkungen: Die Zahlenwerte des IWF sind identisch mit den Stromgrößen der UNCTAD-Angaben für Polen, die Slowakei und Ungarn im Zeitraum 1992 bis 1994; annähernde Übereinstimmung besteht für Tschechien. Bei Slowenien und Rumänien sind die IWF-Werte 1992 und 1993 identisch mit denen von UNCTAD, 1994 und 1995 stimmen sie nahezu überein mit denen der ECE. — (...) = Nicht verfügbar.

Quellen: OECD, International Direct Investment Statistics Yearbook 1996; UNCTAD, World Investment Report 1996; UN-ECE 1996; EUROSTAT, European Union Direct Investment Yearbook 1996.

Erwerb von Unternehmensanteilen. Auch der Erwerb von Grund und Boden gehörte früher dazu; in jüngerer Zeit wird dies aber in der Regel liberaler gehandhabt.

Umfang der Direktinvestitionen

Der *Strom* ausländischer Direktinvestitionen nach Ostmitteleuropa nahm eingangs der 90er Jahre schlagartig zu. Einem vorübergehenden Rückgang im Jahr 1994 folgte 1995 ein erneuter kräftiger Anstieg auf etwa 9 Mrd. US-\$³. Hierbei spielten die Privatisierungsaktionen im Bereich Telekommunikation (Verkauf der nationalen Telefongesellschaften in Ungarn und der Tschechischen Republik an multinationale Unternehmen) eine wesentliche Rolle.

Insbesondere EU-Anrainerstaaten zogen verstärkt Risikokapital in Form ausländischer Direktinvestitionen an. Ungarn baute seine Spitzenstellung unter den Anlageländern in Ostmitteleuropa 1995 noch aus (4,5 Mrd. US-\$, das sind 50 vH des gesamten Zugangs in dieser Region),

gefolgt von Tschechien mit 2,5 Mrd. Dabei vergrößerte sich die regionale Disparität; Südosteuropa verlor etwas an Bedeutung. Im Baltikum ist das Bild differenziert: Estland profitiert von seiner geographischen Nähe und kulturellen Affinität zu Finnland, Lettland bewegt sich trotz traditionell starker Westbindung im Mittelfeld, während das Engagement in Litauen eher zurückhaltend war.

Der *Bestand* ausländischer Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa hat sich nach ECE-Angaben zwischen 1993 und 1995 auf rund 34 Mrd. US-\$ verdoppelt (Mitte 1996: knapp 37 Mrd.). Zum Vergleich: Laut UNCTAD waren es 1995 ca. 7 Mrd. weniger; die entsprechenden OECD-Angaben stehen noch aus, lagen aber in den Vorjahren — bei fehlenden Angaben für das Baltikum — ohnehin deutlich tiefer⁴. Die Bandbreite der Angaben in verschiedenen Quellen ist aus Tabelle 1 ersichtlich.

Die regionale Verteilung der zufließenden Direktinvestitionen ist durch die überragende Position Ungarns charakterisiert. Zum Jahreswechsel 1995/96 belief sich der ungarische Anteil an den gesamten investiven Auslandsengagements in den ost- und mitteleuropäischen Staaten auf etwa 40 vH. Der Anteil der Tschechischen Republik lag bei 16 vH, der von Polen erhöhte sich zuletzt auf 23 vH. Zusammen zogen die fünf CEFTA-Länder (einschließlich Slowenien) knapp 90 vH der hereinkommenden Direktinvestitionen auf sich (Tabelle 2).

Im Durchschnitt der mit der EU assoziierten Länder belief sich der Anteil der netto zugeflossenen Mittel am Bruttoinlandsprodukt 1995 auf knapp 4 vH⁵. Im Zeitraum 1993 bis 1995 erreichten — bezogen auf das BIP — Ungarn, Estland und Tschechien die höchsten Beträge. Ein ähnliches Grundmuster ergibt sich bei den Beständen pro Kopf der Bevölkerung; hier tauscht jedoch Slowenien mit Estland den Platz. Die GUS-Staaten erreichen in beiden Fällen kaum ein Zehntel der Werte von Ostmitteleuropa.

³ Für die Analyse ausländischer Direktinvestitionen in Transformationsländern stehen inzwischen mehrere Datenreihen zur Verfügung. Sie stammen von unterschiedlichen Institutionen, erstrecken sich auf unterschiedliche Inhalte und differieren somit im Ergebnis zum Teil beträchtlich. Für diese Untersuchung wurde vorrangig das Datenmaterial der UN-Economic Commission for Europe zugrunde gelegt.

Die Divergenzen und Unzulänglichkeiten im statistischen Bereich machen eine Analyse nicht von vornherein unmöglich, aber die dargestellten zeitlichen Verläufe und die ermittelten regionalen und sektoralen Muster sind mit Vorsicht zu interpretieren.

⁴ Zwar setzt sich idealtypisch der heutige Bestand aus früheren Zugängen zusammen. In der Praxis treten jedoch aufgrund unterschiedlicher Erhebungstechniken bei Strömen und Beständen erhebliche Abweichungen auf, so daß — wie im Falle der UNCTAD-Daten — eine ungewöhnlich gute Übereinstimmung der ausgewiesenen „Bestände“ mit den kumulierten Stromgrößen eher auf fortgeschriebene Buchwerte als auf erhobene Bestandswerte hinweist.

⁵ Zum Vergleich: Bei den südostasiatischen Schwellenländern lag diese Relation im Zeitraum 1989 bis 1992 durchschnittlich rund doppelt so hoch.

Tabelle 2
Ausländische Direktinvestitionen in Transformationsländern
1993 bis 1996¹⁾
Bestandswerte in Mill. US-\$

Gastland/-region	1993	1994	1995	1996	01.07.96 ²⁾
CEFTA ³⁾	8 701	13 891	18 958	30 659	32 568
Polen ⁴⁾	1 370	2 307	3 789	7 843	9 045
Slowakische Republik ⁵⁾	231	366	547	726	803
Tschechische Republik ⁶⁾	1 598	2 166	3 029	5 587	6 045
Ungarn	5 502	8 342	9 965	13 740	13 868
Slowenien ⁴⁾	...	710	1 629	2 762	2 806
Balkan	581	844	1 547	2 115	2 498
Bulgarien	65	192	412	517	610
Rumänien ⁵⁾	516	652	1 135	1 597	1 888
Baltikum	166	487	978	1 483	1 551
Estland ⁶⁾	59	221	442	646	680
Lettland	33	75	294	485	496
Litauen ⁷⁾	74 ⁵⁾	192 ⁵⁾	242 ⁵⁾	352 ⁴⁾	375
Ostmitteleuropa insgesamt	9 448	15 222	21 483	34 257	36 617
GUS-Staaten darunter:	8	4 537	6 045	9 866	11 225
Kasachstan	...	1 271	1 910	2 769	3 244
Russ. Föderation	...	2 783	3 365	5 875	6 550
Ukraine ⁶⁾	...	219	484	891	1 083
Weißrußland ⁵⁾	8	264	287	331	348

(...) = Nicht verfügbar. — ¹⁾ Jeweils Jahresbeginn. — ²⁾ Vorläufig. — ³⁾ Central European Free Trade Association. — ⁴⁾ Angaben in Landeswährung umgerechnet zu Jahresendkursen. — ⁵⁾ Kumulierte ausländische Anteile des Nominalkapitals von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung. — ⁶⁾ Kumulierte Stromgrößen der Zahlungsbilanz. — ⁷⁾ Neues Erhebungsverfahren ab 1996.

Quellen: UN-ECE 1996, auf der Grundlage nationaler Statistiken; Berechnungen des DIW.

Unter den möglichen Investitionsstandorten gibt es scharfe Konkurrenz um neue Projekte, die von den Investoren genutzt wird. Die potentiellen Gastländer versuchen, ihre Attraktivität durch fiskalische Sonderbehandlung und verschiedene Subventionen zu erhöhen. Es handelt sich dabei vor allem um steuerliche Vergünstigungen sowie um die Reduzierung von Zöllen für Sacheinlagen. Hinzu kommen Konzessionen, die bei großen „strategischen“ Projekten individuell ausgehandelt werden. Steuervergünstigungen für ausländische Direktinvestitionen werden, mit Ausnahme Tschechiens, praktisch von allen Staaten der Region gewährt⁶. Die angestrebte Mitgliedschaft in der EU wird künftig die Möglichkeit der freihändigen Begünstigung von Investoren begrenzen.

Sektorale Verteilung

In allen untersuchten Ländern ist die *verarbeitende Industrie* der quantitativ bedeutsamste unter den Bereichen, in denen ausländische Investitionen stattfinden. In Polen entfielen fast drei Viertel der gesamten Auslandsengagements auf diesen Sektor (Bestandswerte); in Tschechien waren es knapp zwei Drittel. Bei den meisten Gastländern bewegte sich dieser Anteil bei etwa der Hälfte.

Investitionen im *Handel* waren — mit Anteilen zwischen 20 und 30 vH — vergleichsweise am häufigsten in der Slowakei, Estland und Bulgarien; das untere Extrem (5 vH) ist in diesem Falle Tschechien. Lettland ist relativ stark bei *Finanzdienstleistungen* (Banken, Versicherungen) vertreten. In den meisten Ländern lagen die Anteile hier bei 10 vH. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtigen nationalen Berichtssysteme dazu tendieren, Aktivitäten in diesem Wirtschaftssektor nur unvollständig abzubilden.

Wegen des zum Teil geringen Bestandes an Direktinvestitionen in einzelnen Sektoren können größere neue Projekte die Sektorproportionen schlagartig verändern, d.h. die Sektorstruktur ist intertemporal noch nicht stabil. Darüber hinaus ist nur selten erkennbar, nach welchen Gesichtspunkten die sektorale Zuordnung der Investitionsobjekte (Systematik des Herkunftslandes oder des Empfängerlandes) durchgeführt wurde.

Die Unterschiede zwischen den beiden Verfahren lassen sich indes anhand der — nach beiden Abgrenzungen bereitgehaltenen — Zahlenangaben der Bundesbank über deutsche Direktinvestitionen in den Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) und in den beiden Balkanländern gut illustrieren. Unabhängig vom Verfahren steht das verarbeitende Gewerbe durchweg an der Spitze der Anlagebereiche; innerhalb des verarbeitenden Gewerbes dominieren der Straßenfahrzeugbau bzw. die chemische Industrie. Abhängig von der Art der Zuordnung der einzelnen Projekte verändert sich der Stellenwert in zwei Wirtschaftszweigen: Bei der Einstufung nach der Lage im Gastland hat der Maschinenbau für die deutschen Direkt-

investitionen eine geringere Bedeutung, während die des Handels dabei regelmäßig höher liegt (Tabelle 3).

Herkunft der Mittel

Der Löwenanteil des in Ostmitteleuropa investierten Auslandskapitals stammt aus den wichtigsten Industrieländern Westeuropas. Laut ECE-Angaben war der Anteil von Unternehmensinvestitionen aus EU-Staaten Anfang 1996 mit ca. drei Vierteln aller Auslandsengagements am höchsten in Bulgarien, Ungarn und Tschechien; in Slowenien, Polen und der Slowakei lag er bei zwei Dritteln. Immerhin noch mehr als die Hälfte des aus ausländischen Quellen gespeisten Kapitalstocks stammte im Baltikum und in Rumänien von in der EU ansässigen Unternehmen. Fast durchweg kam der größte Betrag aus Deutschland. Ausnahmen von dieser Regel gab es nur durch Finnland (in Estland), Dänemark (in Lettland), Österreich (in der Slowakei und Slowenien) sowie Korea (in Rumänien)⁷. Die entsprechenden Anteile von US-Firmen erreichten in einzelnen Anlageländern Ostmitteleuropas Höchstwerte von knapp 20 vH (Polen, Ungarn, Tschechien); der Beitrag japanischer Unternehmen — mit Konzentration in Ungarn — ist mit 2 vH marginal. Demgegenüber beliefen sich die aus anderen Ländern Westeuropas (vor allem der Schweiz) stammenden Kapitalbeträge auf Anteile zwischen 5 und 10 vH.

Eine kleine Zahl von Unternehmen aus Transformationsländern tätigt eigene Direktinvestitionen im Ausland. Dabei handelte es sich Anfang 1994 um einen Betrag von gut 3 Mrd. US-\$, der binnen Jahresfrist um gut ein Drittel zunahm und sich Mitte 1996 auf nahezu 5,3 Mrd. US-\$ belief. Diese im Ausland investierten Beträge stammten in *Ostmitteleuropa* vornehmlich aus Slowenien, aber auch ungarische Unternehmen waren relativ stark vertreten.

Eine steigende Zahl von eigenen Auslandsniederlassungen bzw. zunehmende Investitionsbeträge sind einerseits Ausdruck liberalisierten Kapitalverkehrs sowie von sich entwickelnden Managementfähigkeiten und einer entsprechenden Eigenkapitaldecke. Andererseits ergibt sich ein Teil dieser statistisch als Investition im Ausland erscheinenden Beträge aus den politischen Veränderungen in Ostmitteleuropa. Bei zuvor einheitlichen Staatsgebilden ist ein- und dieselbe Investition nach Teilung des Territoriums ein zahlungsbilanzrelevanter Tatbestand. Dies gilt für tschechische Investitionen in der Slowakei und wahrscheinlich auch für slowenisches Engagement in Teilrepubliken des früheren Jugoslawiens.

Darüber hinaus sind zunehmende Investitionen im Ausland aber auch Ausdruck der erfolgreichen Neuorientierung der Außenwirtschaftsbeziehungen von ehemals auf

⁶ Vgl. Jan Stankovsky, Direktinvestitionen in Osteuropa — Bestimmungsgründe, Umfang, Branchenstruktur; Untersuchung im Auftrag von Bank Austria, Wien 1994.

⁷ Bei international tätigen Unternehmen läßt sich nicht in jedem Einzelfall eindeutig klären, ob die Investition von der Tochterfirma oder der Konzernmutter stammt.

Tabelle 3

Sektorale Verteilung deutscher Direktinvestitionen in ostmitteleuropäischen Ländern 1994
Bestände am Jahresende, in Mill. DM

Sektoren	Alle Anlageländer weltweit		Polen		Tschechische Republik		Slowakische Republik		Ungarn		Bulgarien		Rumänien	
	Alternative Zuordnung der Investitionsobjekte nach der deutschen und ausländischen Sektorzugehörigkeit													
	deutsch	ausländ.	deutsch	ausländ.	deutsch	ausländ.	deutsch	ausländ.	deutsch	ausländ.	deutsch	ausländ.	deutsch	ausländ.
Alle Wirtschaftszweige	348 257		1 105		2 770		483		2 792		37		83	
Bergbau	3 432		x		—		—		—		—		—	
Verarb. Industrie	164 634	139 777	603	752	1 723	1 797	270	444	1 408	1 799	x	15	61	55
darunter:														
Chem. Industrie	54 035	46 812	104	110	53	124	31	53	43	114	—	—	x	x
Maschinenbau	19 033	13 456	63	11	215	92	29	5	142	39	—	—	x	x
Straßenfahrzeugbau	31 282	25 591	82	86	785	840	x	140	620	626	x	x	—	—
Elektrotechnik	26 297	21 648	42	34	240	201	54	54	123	117	x	x	x	20
Handel	11 382	55 761	184	272	206	437	10	21	324	443	x	3	5	17
Kreditinstitute	36 621	31 976	x	x	219	228	x	x	241	240	x	x	x	x
Finanzierungs-institutionen	43 378		—		10		—		x		—		—	
Versicherungsunternehmen	15 335	19 334	—	—	5	25	x	—	x	67	—	—	—	—
Beteiligungsgesellschaften	89 945	17 111	217	x	451	x	181	—	607	—	x	—	6	—
Privatpersonen	7 857	·	18	·	47	·	—	·	61	·	—	·	x	·

x = Geheimhaltung von Einzelangaben (Datenschutz für die betreffenden Unternehmen).

— = Keine Transaktionen.

· = Kategorie in den Ursprungsdaten nicht vorhanden.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Sonderauswertung, Juni 1996.

den RGW zugeschnittenen Volkswirtschaften. Das investive Engagement im Ausland dient dabei, wie im Falle westlicher Industrieländer, der Untermauerung eigener Exportmöglichkeiten; umgekehrt können auch — im Wechselspiel von Direktinvestitionen und Handel — langfristig weitere Investitionen dadurch ausgelöst werden.

Die hinausgehenden Direktinvestitionen konzentrieren sich nach den wenigen zur Verfügung stehenden Informationen im Falle Ostmitteleuropas auf Anrainerstaaten. So stehen bei den Direktinvestitionen Ungarns im Ausland mit rund zwei Dritteln „Reformländer“ im Vordergrund, während unter den anderen Ländern jene im geographischen Umfeld überwiegen.

Unter den GUS-Staaten haben Investitionsmittel aus EU-Ländern die größte Bedeutung für Rußland und die Ukraine, auf der Ebene einzelner Herkunftsländer stehen die USA an vorderster Stelle (Kasachstan: zwei Drittel; Rußland und Ukraine: je etwa ein Viertel).

Weit stärker als aus Ostmitteleuropa ist der Abfluß investiver Mittel aus den GUS-Staaten, im wesentlichen aus Rußland. Nach Angaben der Zentralbank hat sich die Zunahme dieses Kapitalstroms zwar deutlich verlangsamt (1993: 46 vH, 1994: 35 vH, 1995: 2 vH), dennoch beträgt der Transfer ins Ausland wertmäßig etwa die Hälfte dessen,

was Ausländer in Rußland investieren. Soweit es sich um Anlagen in den assoziierten Ländern handelt, dürfte ein wesentlicher Teil davon im Hinblick auf die künftige EU-Mitgliedschaft stattfinden⁸.

Im bilateralen Verhältnis zwischen Deutschland und der Russischen Föderation übertrafen die russischen Direktinvestitionen (Bestände) in der Bundesrepublik in den neunziger Jahren die der deutschen Unternehmen im Gastland bei weitem. Während sich deutsche Unternehmen bislang nur in geringem Umfang an den Investitionen im russischen Unternehmenssektor beteiligten, ist nach ECE-Angaben Deutschland neben der Schweiz und Italien ein bevorzugter Standort von russischen Direktinvestitionen im Ausland: Zum Jahreswechsel 1994/1995 standen

⁸ Zu einem großen Teil dient das Auslandsengagement der russischen Seite der Wahrnehmung normaler kommerzieller Interessen, wie etwa der Etablierung eigener Niederlassungen im Bankensektor sowie der Schaffung eigener Absatzwege für Exporterzeugnisse (z.B. Erdgas und -öl) im westlichen Ausland. Im übrigen ist nicht auszuschließen, daß sich in dem vergleichsweise hohen Transfer ins Ausland auch Fluchtkapital befindet. Derartige Absichten äußern sich im Investitionsbereich in der Gründung von (Schein-)Firmen und dem Erwerb von Immobilien, soweit es sich dabei — Voraussetzung für die statistische Erfassung — um bilanzierende Unternehmen handelt.

Tabelle 4
Direktinvestitionen aus Transformationsländern im Ausland
 1993 bis 1996¹⁾
 Bestandswerte²⁾, in Mill. US-\$

Herkunftsländer	1993	1994	1995	1996	01.07.96 ³⁾
CEFTA ⁴⁾	359	744	1209	1813	1865
Polen ⁵⁾	101	198	262	328	343
Slowakische Republik	...	...	...	55	58
Tschechische Republik ⁶⁾	32	78	176	209	232
Ungarn	226	227	293	489	496
Slowenien ⁵⁾	...	242	477	733	735
Baltikum	...	8	9	16	45
Estland	...	8	9	12	38
Lettland ⁵⁾	...	...	...	4	5
Litauen	...	...	...	1	2
Ostmitteleuropa insgesamt	359	752	1 218	1 830	1 910
GUS-Staaten	1 566	2 299	3 119	3 244	3 364
darunter:					
Russ. Föderation	1 566	2 288	3 099	3 160	3 269 ⁷⁾
Ukraine	...	11	20	84	95

(...) = Nicht verfügbar. — ¹⁾ Jeweils Jahresbeginn. — ²⁾ Im Vorjahr in der Quelle als kumulierte Abflüsse bezeichnet. — ³⁾ Vorläufig. — ⁴⁾ Central European Free Trade Association. — ⁵⁾ Angaben in Landeswährung umgerechnet zu Jahresendkursen. — ⁶⁾ Kumulierte Stromgrößen der Zahlungsbilanz. — ⁷⁾ 01.04.

Quellen: UN-ECE 1996, auf der Grundlage nationaler Statistiken; Berechnungen des DIW.

deutschen Direktinvestitionsbeständen in Rußland von 260 Mill. DM russische Investitionen in Deutschland von 860 Mill. DM gegenüber⁹⁾.

Bewertung

Für den zügigen Umbau des alten planwirtschaftlichen Systems kommt ausländischen Direktinvestitionen eine wichtige Funktion zu. Dabei äußern sich die positiven Effekte nicht allein in der Erhöhung der Investitionsquote, sondern drücken sich aufgrund des Transfers von Wissen auch in Wachstumswirkungen aus, die über diejenigen aus reinem Kapitalzuwachs hinausgehen. Mit dem ausländischen Engagement war die Hoffnung verbunden, nach anfänglicher starker Unterstützung aus öffentlichen Mitteln (Zuschüsse, Kredite) den Bedarf an externer Finanzierung im Laufe der Zeit verstärkt durch private Investoren sowie über den internationalen Kapitalmarkt decken zu können.

Der Zufluß ausländischer Direktinvestitionen nach Ostmitteleuropa hat zwar, gegenüber der Situation zu Beginn der Transformation, deutlich zugenommen. Die außenfinanzierten Investitionsprojekte sind jedoch auf einige Länder und Sektoren konzentriert. Das Gewicht des verarbeitenden Gewerbes und des Handels unter den bevorzugten Anlagebereichen westlicher Unternehmen spiegelt das

vorrangige Motiv der Markterschließung und -durchdringung wider. Für die wirtschaftlich dynamischen Länder ist im Bereich der Direktinvestitionen ein hohes Maß an kommerzieller Normalität eingekehrt.

In den GUS-Staaten bewegen sich die bisherigen ausländischen Direktinvestitionen auf vergleichsweise geringem Niveau und treffen damit weder die Erfordernisse noch die Erwartungen vor Ort. Völlig unzureichend ist in Rußland das durch Präsidial-Erlasse gesteuerte Verfahren, ausländischen Investoren für eine gewisse Zeit — zuletzt: drei Jahre — stabile rechtliche Verhältnisse als Kalkulationsgrundlage für ihre Planung zu garantieren. Zumindest für neue Unternehmen in bevorzugten Sektoren und/oder Regionen müßte dieser Zeitrahmen auf fünf bis zehn Jahre gestreckt werden. Außerdem wäre — analog — eine Negativliste hilfreich, die klar definiert, welche Felder ökonomischer Betätigung in vorhersehbarer Zukunft noch tabu sind (Beispiel: Errichtung von Firmen im Versicherungs- und Bankwesen mit ausländischer Beteiligung).

Im allgemeinen sind ausländische Direktinvestitionen sowohl Vehikel bei der wirksamen Durchführung der Transformation als auch Indikator für Etappenerfolge, weil Investoren aus dem Ausland damit signalisieren, daß sie Vertrauen in den eingeschlagenen Weg haben. Allerdings hinterläßt die niedrige heimische Sparkapazität eine Lücke in einer Größenordnung, die nur durch eine drastische Erhöhung oder Umlenkung der weltweiten Direktinvestitionsströme zu schließen wäre. Eine aus westlichen Quellen gespeiste Außenfinanzierung, die die Investitionsquote wesentlich erhöhte, ist im Prinzip zwar möglich, erscheint auf absehbare Zeit aber unrealistisch. Auf Dauer kann der Wachstumsprozeß nur unter verbesserten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und mit einer erheblich gesteigerten internen Kapitalakkumulation aufrechterhalten werden. Direktinvestitionen sind kein Allheilmittel für die Lösung der diversen Probleme im Transformationsprozeß.

Die Gründe dafür, daß die Direktinvestitionen hinter den Erwartungen zurückbleiben, sind nicht in allen betroffenen Ländern identisch. Im allgemeinen ist fehlendes Engagement ausländischer Investoren — nach weitgehender Stabilisierung und deutlichen Fortschritten bei der Liberalisierung — Ausdruck einer nur schleppend vorankommenden Privatisierung, unzulänglicher unternehmensbezogener Infrastruktur und verschiedentlich auch der Ungewißheit über die weitere politische Entwicklung. Im Falle Rußlands bot die zweite Stufe der Privatisierung mit dem Verkauf von Anteilen von Energie- und Versorgungsunternehmen Aussicht auf einen kräftigen Kapitalimport. Dennoch werden derartige Signale von ausländischen Investoren nur

⁹⁾ Durch unterschiedliche Erhebungspraktiken werden die Daten etwas verzerrt: Die Deutsche Bundesbank erfaßt erst Kapitalbeteiligungen von über 20 vH als Direktinvestitionen, in Rußland wird ein Schwellenwert von 10 vH zugrunde gelegt.

zurückhaltend aufgenommen — nicht zuletzt, weil sie zum Teil widersprüchlich sind¹⁰. Zum einen wurden die Zugangsbedingungen beim Erwerb staatlicher Kassenobligationen liberalisiert, zum anderen hat die Gesetzgebung zur Förderung von „production sharing“-Übereinkommen zwischen heimischen und internationalen Gesellschaften offenbar die potentiellen Investoren noch nicht überzeugt: Bestehende Verträge sollen gegen Regierungsintervention geschützt sein, aber viele Unternehmen hegen Zweifel, daß damit ihr Risiko wesentlich herabgesetzt wurde. Für Rußland und die anderen untersuchten GUS-Staaten werden von den Unternehmen neben dieser Rechtsunsicherheit überwiegend als schlecht empfundene wirtschaftliche Rahmenbedingungen, mangelnde Produktivität und Relikte der alten planwirtschaftlichen Strukturen als entscheidende Hemmnisse für mehr Investitionen aus dem Ausland genannt.

Perspektiven

Die Prognosen für den weiteren Zufluß ausländischen Kapitals in Form von Direktinvestitionen in Ungarn, Tschechien und Polen sind überwiegend positiv. Dabei wird das wirtschaftliche und institutionelle Umfeld eine wesentliche Rolle spielen. Eine liberale Gesetzgebungs- und Verwaltungspraxis ist jedoch noch keine hinreichende Bedingung. Politische Stabilität, glaubwürdige Anstrengungen beim Strukturwandel und eine leistungsfähige Infrastruktur sind Faktoren, die von ausländischen Investoren hoch eingestuft werden. Die Aufnahme dieser drei im Transformationsprozeß fortgeschrittenen Länder in die OECD dürfte für zögernde potentielle Investoren die Nebenwirkung eines Gütesiegels haben.

Die bedeutendsten Herkunftsländer von Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa werden, bedingt durch die Wechselwirkungen zwischen Investitionen und Exporten, auch die wichtigsten Impulse für ihre künftige Ausfuhr in diese Region erhalten. Dies gilt sowohl für den Warenverkehr als auch für Dienstleistungen, von denen ein Teil ohnehin nur über Niederlassungen vor Ort erbracht werden kann.

Zunehmend treten auch Unternehmen aus Transformationsländern im Ausland als Investoren auf — nicht nur in Nischenpositionen Westeuropas, sondern auch an wichti-

ger Stelle innerhalb der eigenen Region. In gewisser Weise wiederholt sich das aus Ostasien bekannte Entwicklungsmuster, daß ökonomisch führende Länder im Zuge der eigenen weiteren Qualifizierung und Spezialisierung bestimmte Funktionen an weniger entwickelte abgeben („flying geese“). So ist zu erwarten, daß ungarische, tschechische und polnische Unternehmen künftig verstärkt in Nachbarländern der Region sowie in Rußland und anderen GUS-Staaten investieren.

Umgekehrt hängen die Chancen erfolgreicher Integration Osteuropas in die weltweiten Netze von Produktion und Vertrieb auch vom Fortgang der strukturellen Anpassung westlicher Ökonomien an die sich wandelnden Bedingungen am Weltmarkt ab: Je mehr Westeuropa in neue Spezialisierungsmuster hineinwächst, desto mehr Möglichkeiten eröffnen sich für östliche Unternehmen, ihre Kostenvorteile mit Erfolg auszuspielen.

Die weitere Entwicklung in den GUS-Staaten ist schwer abzuschätzen. Direktinvestitionen aus der EU werden auch künftig eine wichtige Rolle in den GUS-Ländern spielen. Das Muster der regionalen Herkunft dieser Investitionen ähnelt dem des Außenhandels dieser Ländergruppe. Direktinvestitionen in Rußland sind bisher eher Ausdruck eines Verhaltens, das durch Errichtung einer Niederlassung zur Unterstützung der Exportaktivitäten eine gewisse Präsenz im Lande zeigt, im übrigen aber auf eine günstigere ökonomische Gesamtlage wartet, um sich dann in größerem Stil zu engagieren. Von den Privatisierungsaktionen abgesehen, dürfte sich — bei allem Eigengewicht der Determinanten Marktgröße, Deregulierung, politische Stabilität — das Grundmuster des Ablaufs in den europäischen Transformationsländern auch in Rußland und in den anderen GUS-Republiken bestätigen. Danach verstärkt sich der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen als Reaktion auf einsetzendes wirtschaftliches Wachstum deutlich und leistet dann seinerseits einen Beitrag zu dessen Erhaltung. Kernpunkt bleibt aber, die internen Ressourcen — vor allem das Sparaufkommen — in den Reformländern zu mobilisieren und durch Sachinvestitionen im Lande zu binden.

¹⁰ UN-Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe in 1995-1996; New York, Genf 1996.

Spaniens Wirtschaft im Vorfeld der EWWU — Hohe Arbeitslosigkeit erfordert dynamisches Wachstum

Vergleichsweise spät, nämlich erst am 1. Januar 1986, ist Spanien zusammen mit Portugal Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft geworden. Der Druck zu einer Modernisierung der Wirtschaft, die sich in anderen mediterranen Ländern mit teilweise ähnlichen Problemen über einen längeren Zeitraum vollziehen konnte, war hier besonders groß. Der Beitritt vor einem Jahrzehnt hat dem Land starke wirtschaftliche Impulse vermittelt, aber auch Schwächen schonungslos aufgedeckt.

Die Arbeitsmarktkrise, die sich schon zu Beginn der achtziger Jahre mit der Entwicklung Spaniens zu einem modernen Industrieland abzeichnete, verschärfte sich während der europaweiten Konjunkturschwäche zu Beginn dieses Jahrzehnts. Mit einer Arbeitslosenquote von rund 24 vH hielt die spanische Wirtschaft 1994 unter den westlichen Industrieländern einen traurigen Rekord.

Inzwischen scheint der Höhepunkt der wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden zu sein; wichtige Reformen sind auf dem Weg. Der Wille, sich den Maastricht-Referenzwerten möglichst anzunähern, erleichtert aber nicht den erforderlichen Abbau der immer noch extrem hohen Arbeitslosigkeit. Dennoch hat Spanien ein kräftigeres Wachstum als viele andere Länder erreicht. Im Hinblick auf die Diskussion über den Kreis der Staaten, die bereits in der ersten Runde an der Währungsunion teilnehmen sollen, könnte die Akzeptanz oder Nichtakzeptanz Spaniens entscheidend für die anfängliche Größe dieses Kreises werden.

Anpassungsdruck und Integrationsimpulse in den achtziger Jahren

Die Ölpreiskrisen in den siebziger Jahren hatten auch die spanische Wirtschaft erschüttert. Zu Beginn der achtziger Jahre stagnierte das reale Bruttosozialprodukt, und die Arbeitslosigkeit stieg erstmals kräftig. Die außenwirtschaftliche Bilanz passivierte sich, und inflationäre Spannungen dauerten an. Ende 1982 wurde die Peseta abgewertet, und es kam zu einer strikten Geld- und Lohnpolitik im Rahmen eines nationalen Beschäftigungsabkommens (ANE) zwischen Regierung, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorgani-

sationen. Tatsächlich konnten die Wirtschaftsprobleme mit diesen Maßnahmen bis 1985 erheblich entschärft werden.

Die bevorstehende Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft 1986 motivierte die Regierung verstärkt zu Maßnahmen, die die Wirtschaft auf den härteren internationalen Wettbewerb vorbereiten sollten. Um den Anpassungsdruck zu mildern, wurde mit der Europäischen Gemeinschaft eine längere Übergangszeit vereinbart, insbesondere ein nur schrittweises Vorgehen bis zum vollständigen Zollabbau 1992. Probleme in der Industrie gab es vor allem wegen der Konzentration der Produktion auf Branchen, die weltweit durch Überkapazitäten gekenn-

Tabelle 1

Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Spanien 1980 bis 1997
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ²⁾	1997 ²⁾
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	1,3	2,6	3,7	2,3	0,7	-1,2	2,1	2,8	2,0	3,0
Privater Verbrauch	0,6	3,5	3,6	2,9	2,2	-2,2	0,9	1,5	2,0	2,0
Öffentlicher Verbrauch	4,2	5,5	6,6	5,6	4,0	2,4	-0,3	1,3	0,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	6,1	6,6	1,6	-4,5	-10,6	1,8	8,2	4,0	4,0
Exporte	2,3	2,7	3,2	7,9	7,4	8,5	16,7	8,2	4,0	4,5
Importe	3,3	7,9	7,8	9,0	6,9	-5,2	11,4	8,8	5,0	4,5
Verbraucherpreise (1990 = 100)	15,5	8,8	6,7	5,9	5,9	4,5	4,8	4,7	3,2	3,0
Lohnstückkosten in nationaler Währung	11,8	5,9	9,8	8,3	6,5	4,5	0,2	3,5	3,4	1,5
in Sonderziehungsrechten	3,9	1,1	20,5	5,3	5,1	-16,0	-7,2	4,9	6,9	.
Arbeitslosenquote (in vH)	11,1	21,1	15,9	16,0	18,1	22,8	24,1	22,9	22,3	22,0

¹⁾ Zu Preisen von 1986. — ²⁾ Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

Quellen: OECD; Nationalstatistiken sowie Schätzungen des DIW.

zeichnet waren und die erhebliche Umstrukturierungen und Modernisierungen erforderten. Hierzu gehörten vor allem Betriebe der Schiffsbau-, Stahl-, Textil-, Elektro- und Elektrotechnikindustrie. Um die außenwirtschaftliche Bilanz zu entlasten, wurden Sparmaßnahmen im Energiebereich beschlossen sowie Ölsubstitutionsprojekte unterstützt.

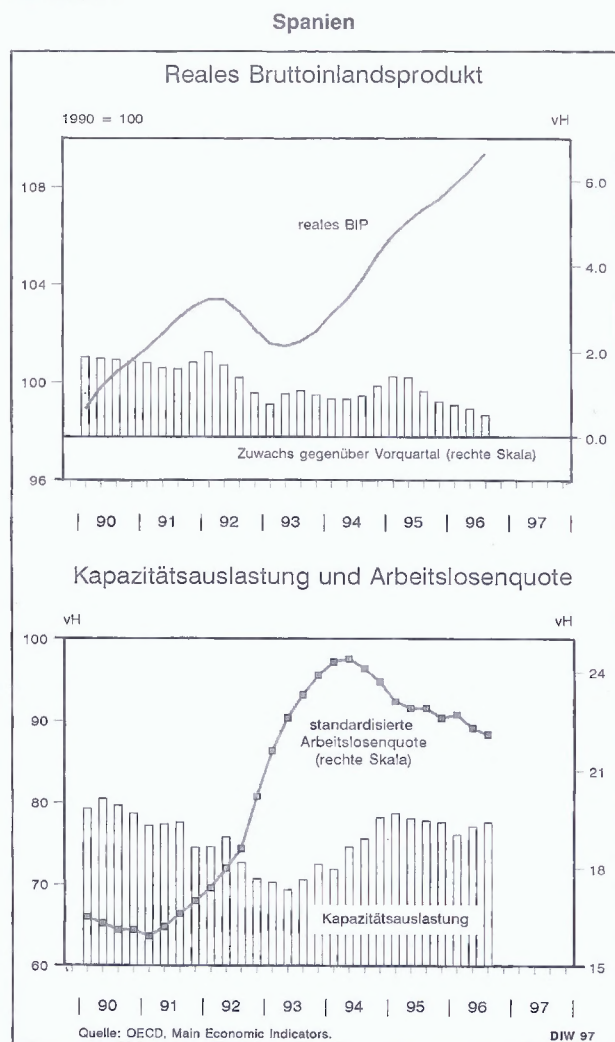
Zum Zeitpunkt des EG-Beitritts war die außenwirtschaftliche Integration Spaniens bereits fortgeschritten. Auch als Folge des kräftigen konjunkturellen Aufschwungs in ganz Europa nahm dennoch die außenwirtschaftliche Verflechtung mit der Europäischen Gemeinschaft weiter rasch zu. Der Anteil der EG an den Importen Spaniens erhöhte sich mit dem spanischen Importsog von knapp 40 vH vor dem EG-Beitritt auf fast 60 vH zum Ende des Jahrzehnts. Schwächer war die Entwicklung der Exporte, obwohl auch ihr Anteil deutlich stieg.

Schon 1986 kam es zu einer Erhöhung des Handelsbilanzdefizits. Von 1988 an war auch die Leistungsbilanz defizitär. Hohe Zinsen und umfangreiche Zuflüsse an langfristigen Kapital (vor allem aus Deutschland, Italien und verschiedenen Ölländern) stärkten in dieser Zeit die spanische Währung. Auch nach dem Beitritt zum Europäischen Währungssystem im Juni 1989 blieb die Peseta stark. Es wurden sogar Gegenmaßnahmen ergriffen, um den Aufwertungsdruck zu mildern; u.a. wurde eine Quellensteuer auf von Ausländern gehaltene Schatzwechsel eingeführt.

Verlangsamtes Wachstum mit steigender Arbeitslosigkeit

Die zunächst positive Bilanz der spanischen Wirtschaft nach dem EG-Beitritt mit hohem Wirtschaftswachstum, einem Investitionsboom und der Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze trübte sich zu Beginn der neunziger Jahre ein; dies reflektiert freilich auch die Entwicklung des weltwirtschaftlichen Umfelds. Einmal nahm das Leistungsbilanzdefizit weiter rasch zu. Zum anderen blieb der Ver-

Schaubild 1



braucherpreisanstieg trotz wirtschaftlicher Stagnation hoch. Dies lag auch daran, daß der soziale Konsens Ende 1988 zerbrochen war und die Lohnstückkosten wieder ver-

Tabelle 2

Entwicklung der Verbraucherpreise in den großen westeuropäischen Industrieländern 1980 bis 1997
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ³⁾	1997 ³⁾
Deutschland ¹⁾	5,4	2,1	2,7	3,6	5,1	4,5	2,7	1,9	1,5	1,5
Frankreich	13,6	5,8	3,4	3,2	2,4	2,1	1,7	1,7	1,7	1,75
Italien	21,2	8,6	6,1	6,5	5,3	4,2	3,9	5,2	3,5	3,25
Großbritannien	18,0	6,1	9,5	5,9	3,7	1,6	2,5	3,4	2,7	3,25
Spanien	15,5	8,8	6,7	5,9	5,9	4,5	4,8	4,7	3,2	3,0
EU	13,4	6,1	5,7	5,2	4,5	3,6	3,1	2,8	2,4	2,3
Nachrichtlich: Inflationsdifferenz Spanien/EU ²⁾	2,1	2,7	1,0	0,7	1,4	0,9	1,7	1,9	0,8	0,7

¹⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet. — ²⁾ Abweichung des Verbraucherpreisanstiegs in Spanien vom Durchschnitt der EU in vH-Punkten. — ³⁾ Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Quellen: OECD, Economic Outlook; Schätzungen des DIW.

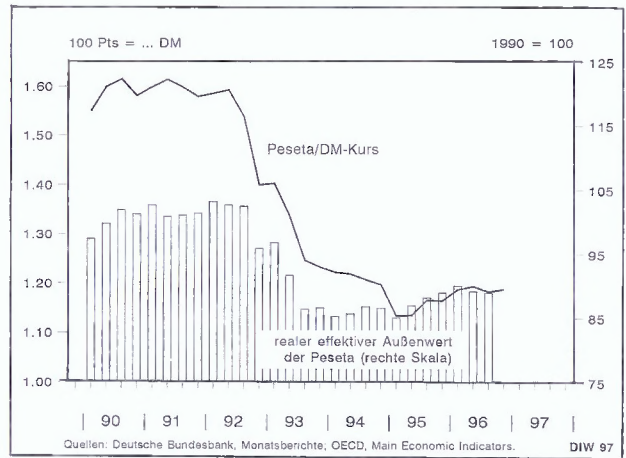
stärkt stiegen. Seit Mitte 1989 schlug die Geldpolitik einen restriktiven Kurs ein. Die Zinsstruktur, d.h. die Differenz zwischen langfristigen und kurzfristigen Zinsen, wurde in den Folgejahren negativ. Erst 1994 kam es zu einer Normalisierung.

Weniger restriktiv als geplant war allerdings die Fiskalpolitik. Hierfür gab es mehrere Gründe. Einmal waren die Sozialsysteme während der guten Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre großzügig ausgebaut worden. Zum anderen zog auch die teilweise Dezentralisierung mit der Übertragung einer Reihe von Funktionen auf die regionalen Verwaltungen eine Ausweitung der Ausgaben nach sich. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums zu Beginn der neunziger Jahre brachte erneut steigende Arbeitslosigkeit mit sich. Daher stiegen die Ausgaben vor allem im Sozialbereich rasch an, und die Steuereinnahmen nahmen nur noch verlangsamt zu. Vor diesem Hintergrund weiteten sich die Defizite der öffentlichen Haushalte zu Beginn der neunziger Jahre noch aus.

Trotz der Abschwächung seit Ende der achtziger Jahre blieb das Wirtschaftswachstum immer noch stärker als beim Durchschnitt der Handelspartner. Wegen der raschen Reaktion der Löhne auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation verschlechterte sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit; sowohl in nationaler als auch in internationaler Währung stiegen die relativen Lohnstückkosten erheblich. Die Defizite in der Handels- und Leistungsbilanz vergrößerten sich seit 1990 rasch. Die andauernde Passivierung der Leistungsbilanz und ein deutlicher Rückgang der Kapitalzufuhr aus dem Ausland, die bis dahin zum Ausgleich der sogenannten Grundbilanz (Lei-

Schaubild 2

Wechselkurs der Peseta



stungsbilanz zuzüglich Saldo der langfristigen Kapitalbewegungen) beigetragen hatte, erschwerten zunehmend die Stabilisierung der Peseta. Im Zuge der Währungsturbulenzen in Europa im September 1992 sowie im November 1992 mußte die Peseta gegenüber dem ECU um jeweils 5 bzw. 6 Prozent, im Sommer 1993 erneut um 8 Prozent abgewertet werden; die relativen Lohnstückkosten fielen damit um etwa 20 vH.

Tatsächlich kam es 1993 zu einer überraschend schnellen außenwirtschaftlichen Anpassung. Hierzu trug sicherlich die durch die Abwertung erheblich verbesserte Wettbewerbsfähigkeit bei. Während die Importe sowohl real als auch nominal 1993 stark zurückgingen, weiteten sich die

Tabelle 3

Leistungsbilanz und Handelsbilanz in den großen westeuropäischen Industrieländern 1980 bis 1997

	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Leistungsbilanz in Mrd. US-\$										
Deutschland ¹⁾	-13,2	17,6	48,7	-18,1	-19,5	-13,5	-19,6	-16,8	-15,6	-5,2
Frankreich	-4,2	-0,3	-9,8	-6,1	3,9	8,7	6,9	16,5	19,5	23,6
Italien	-10,4	-4,0	-17,0	-23,6	-28,6	11,3	15,1	27,4	42,0	53,1
Großbritannien	6,6	2,9	-33,8	-14,4	-16,6	-16,6	-3,7	-4,5	-0,9	-2,9
Spanien	-5,1	2,7	-16,9	-16,7	-18,3	-4,2	-6,0	1,3	0,5	-0,5
Handelsbilanz in Mrd. US-\$										
Deutschland ¹⁾	8,0	28,2	69,7	19,5	28,4	41,8	51,6	70,3	73,5	86,3
Frankreich	-13,5	-5,0	-13,1	-9,4	2,4	7,0	6,6	10,8	18,9	21,9
Italien	-15,9	-5,5	1,2	-0,2	3,1	33,1	35,5	44,0	60,2	65,3
Großbritannien	3,2	-4,3	-33,4	-18,1	-23,0	-20,1	-16,6	-18,3	-21,2	-21,6
Spanien	-11,7	-4,2	-29,5	-30,8	-30,8	-15,7	-14,4	-17,6	-17,0	-18,7
Leistungsbilanz in vH des Bruttoinlandsprodukts										
Deutschland ¹⁾	-1,6	2,8	3,3	-1,1	-1,0	-0,7	-0,9	-0,7	-0,7	-0,2
Frankreich	-0,6	-0,1	-0,8	-0,5	0,3	0,7	0,5	1,1	1,3	1,5
Italien	-2,3	-0,9	-1,6	-2,1	-2,3	1,2	1,5	2,5	3,5	4,2
Großbritannien	1,2	0,6	-3,5	-1,4	-1,6	-1,7	-0,4	-0,4	-0,1	-0,2
Spanien	-2,4	1,6	-3,4	-3,2	-3,2	-0,8	-1,2	0,2	0,1	-0,1

¹⁾ Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD, Economic Outlook.

Exporte kräftig aus. So konnte das hohe Handelsbilanzdefizit auf etwa die Hälfte, das Leistungsbilanzdefizit sogar auf etwa ein Viertel reduziert werden. Zur Leistungsbilanzverbesserung trugen vor allem — aufgrund einer Umlenkung von Touristenströmen nach Spanien als Folge politischer Unruhen in anderen wichtigen Tourismusgebieten — spürbar höhere Einnahmen aus der Dienstleistungsbilanz bei.

Das Jahr 1993 markierte sowohl einen Tiefpunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung und der wirtschaftspolitischen „Performance“ als auch in vieler Hinsicht eine Wende. Mit der ausgeprägten Rezession stieg die Arbeitslosigkeit besonders stark an. Währungsunruhen prägten — auch im Vorfeld der Parlamentswahlen — die außenwirtschaftlichen Beziehungen bis zur letzten Abwertung im Mai 1993. Eine Reihe von Verbrauchsteuern wurden kräftig angehoben; der Mehrwertsteuersatz erhöhte sich 1993 wegen der Mehrwertsteuerharmonisierung in der EU von 12 auf 15 vH. Gleichzeitig wurden die Beiträge zur Sozialversicherung erhöht und die Arbeitslosenversicherungsleistungen reduziert. Die Geldpolitik blieb restriktiv. Die insgesamt dämpfende Wirtschaftspolitik war sowohl darauf gerichtet, die hohen Haushaltsdefizite einzudämmen und dadurch auch den Maastricht-Referenzwerten näherzukommen, als auch darauf, die inflationäre Preis- und Lohnentwicklung zu brechen. Als besonders problematisch erwies sich hier — wie auch anderswo in Europa — der Versuch einer finanzpolitischen Konsolidierung während einer Rezession. So schnellte das Defizit der öffentlichen Haushalte zunächst sogar kräftig in die Höhe und erreichte 6,8 vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts (1992: 3,6 vH). Im Gefolge des europaweiten Aufschwungs 1994 und der Erholung der Binnennachfrage konnte das öffentliche Defizit allmählich zurückgeführt werden. Auch die Inflation verlangsamte sich spürbar. Mit 4,5 vH lag der Verbraucherpreisanstieg 1993 nur noch um 0,9 vH über dem EU-Durchschnitt. Allerdings betrug der Lohnanstieg im verarbeitenden Gewerbe 1993 immer noch über 9 vH.

Die Tatsache, daß die Lohnentwicklung in Spanien auf die schlechte Konjunktorentwicklung nur sehr zögerlich reagierte, und daß gegenüber dem Durchschnitt der europäischen Handelspartner in den meisten Jahren höhere

Inflationsraten erreicht wurden, ist vor allem den institutionellen und strukturellen Rigiditäten der spanischen Wirtschaft zugeschrieben worden. Zwar hatte die europäische Integration schon an sich einen verstärkten Druck auf die Anpassung der Produktionsstrukturen ausgeübt. In vieler Hinsicht entsprachen die arbeits-, sozial- und tarifrechtlichen Regelungen zu Beginn der neunziger Jahre aber noch nicht dem Standard der wichtigsten Handelspartner. Schon 1989 und verstärkt seit 1993/94 hat die spanische Regierung daher Reformanstrengungen unternommen.

Entschärfung wirtschaftspolitischer Zielkonflikte durch Reformen?

Die Reformanstrengungen in den letzten Jahren erstrecken sich auf viele unterschiedliche Bereiche. Sie umfassen dabei sowohl Maßnahmen zur Entschärfung spezifisch spanischer Rigiditäten als auch Maßnahmen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, wie sie in den letzten Jahren in vielen Ländern Europas ergriffen wurden. Im folgenden seien einige der wichtigsten Punkte beleuchtet.

Regionalisierung

Die Schaffung sogenannter autonom verwalteter Regionen im Rahmen der Demokratisierung nach dem Ende des Franco-Regimes geht schon auf die achtziger Jahre zurück, wurde jedoch von 1992 an intensiviert. Mit der Regionalisierung gingen die Kompetenzen für Gesundheitsfürsorge, Soziales, Erziehung, Wohnungsbau, Umwelt, Sport und Kultur sowie für die regionale Infrastruktur, Agrarwirtschaft, Industriepolitik, Tourismus u.a.m. auf die Regionen über. Allerdings bekamen die Regionen eine Steuerhoheit nur für eine Reihe unbedeutenderer Steuern, deren Aufkommen etwa ein Viertel des Bedarfs deckt. Die Steuerhoheit für die „großen“ Steuern blieb weitgehend bei der Zentralregierung, die Mittel an die Regionen nach bestimmten Kriterien — insbesondere nach regionalem „Bedarf“ und regionalem Wohlstand — zuweist. Mit den Reformen sollen die Gestaltungsmöglichkeiten der Regionen hinsichtlich der zugewiesenen Mittel, aber auch der

Tabelle 4

Finanzierungssaldo des Staates¹⁾ in den großen westeuropäischen Industrieländern 1980 bis 1997
in vH des Bruttoinlandsprodukts

	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Deutschland ²⁾	-2,9	-1,2	-2,1	-3,3	-2,8	-3,5	-2,5	-3,5	-3,9	-3,4
Frankreich	0,0	-2,9	-1,6	-2,2	-4,0	-5,8	-5,8	-5,0	-4,1	-3,3
Italien	-8,6	-12,6	-10,9	-10,2	-9,5	-9,6	-9,0	-7,2	-6,8	-3,7
Großbritannien	-3,4	-2,8	-1,2	-2,5	-6,3	-7,8	-6,8	-5,7	-4,8	-3,7
Spanien	-2,6	-6,9	-4,1	-4,9	-3,6	-6,8	-6,3	-6,6	-4,4	-3,4

¹⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. — ²⁾ Bis einschl. 1991 früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD; Economic Outlook; Schätzungen des DIW.

teilweise umfangreichen Kreditaufnahme eingeschränkt werden. Die Regierung hat klargemacht, daß nicht genehmigte Ausgaben ausweitungen der Regionen auch in „Härtefällen“ nicht mehr automatisch übernommen werden und daß die Ausgabenentwicklung in den Regionen mit der des Zentralbudgets übereinstimmen muß. Das Anschwellen der gesamten staatlichen Ausgaben — von etwa 32 vH des Bruttosozialprodukts im Jahre 1980 auf etwa 48 vH im Jahre 1993 — war weitgehend auf die Regionalisierung zurückzuführen. Der staatliche Verwaltungsapparat insgesamt wurde personell aufgebläht, dies allerdings auch, weil die Ausgaben und der Personalbestand der Zentralregierung nicht entsprechend verringert wurden. Mit den Reformen der letzten Jahre kann erwartet werden, daß es allmählich gelingt, die Regionen in die gesamtstaatliche Finanzplanung und -kontrolle einzubeziehen und die Verwaltung insgesamt wieder effizienter zu gestalten.

Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung

Die Maßnahmen zur Deregulierung und Privatisierung, die vor allem im Rahmen des Haushaltsentwurfs 1995 diskutiert und beschlossen wurden, zielten sowohl darauf ab, den wirtschaftlichen Wettbewerb zu intensivieren und damit zu größerer Preisstabilität beizutragen, als auch darauf, die Haushaltskonsolidierung durch eine Reduzierung der Staatsschuld und damit geringere Zinszahlungen sowie durch niedrigere öffentliche Zuschüsse an defizitäre Unternehmen voranzutreiben. Deregulierungen und Privatisierungen wurden dabei insbesondere auf den Energiemärkten und im Telekommunikationsbereich in Angriff genommen; gleichzeitig wurde die Gründung neuer konkurrierender Gesellschaften in diesen Bereichen gefördert. Aber auch der Zugang zu freien Berufen und Dienstleistungen wurde liberalisiert. Die INI-Gruppe, die die meisten öffentlichen Unternehmen umfaßt, wurde restrukturiert. Wichtig war dabei vor allem, daß Defizite zukünftig nicht mehr durch die öffentlichen Haushalte abgedeckt werden; teilweise oder vollständige Schließungen von Unternehmen sind daher nicht mehr auszuschließen. Betroffen von den Restrukturierungsmaßnahmen waren zunächst vor allem Stahlwerke und verschiedene Luftfahrtgesellschaften.

Arbeitsmarktreformen

Die hohe Arbeitslosigkeit wird noch lange das größte Problem der spanischen Wirtschaft bleiben. Selbst wenn es gelänge, längerfristig ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3 vH pro Jahr zu realisieren, könnte die Zahl der Arbeitslosen (bei einer durchschnittlichen Zunahme der Erwerbsbevölkerung um fast 1 vH pro Jahr) allenfalls allmählich verringert werden. Auch wenn die möglichen positiven Effekte von Arbeitsmarktreformen für die Beschäftigung sowohl von der Regierung als auch im

Rahmen der mehrfach wiederholten OECD-Empfehlungen überschätzt werden dürften, sind sie erforderlich, um die Wirtschaft flexibler und anpassungsfähiger zu gestalten. Insbesondere sind die korporatistischen Arbeitsmarktgesetze aus der Zeit des Franco-Regimes, die „*Ordonanzas Laborales*“, bis heute in Kraft. Diese Regelungen fixieren eine strenge Trennung zwischen spezifischen Qualifikationen und zwischen zugelassenen Tätigkeiten insbesondere im Handwerk und verarbeitenden Gewerbe und behindern damit sowohl eine erforderliche funktionale als auch eine geographische Mobilität. Da bei Dauerarbeitsverträgen selbst für verlustbringende Unternehmen Entlassungen oder Änderungskündigungen extrem schwierig und — auch im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern — besonders kostspielig sind, hat sich seit den achtziger Jahren mit der Zulassung von begrenzten Zeitverträgen deren Zahl rasant erhöht; der weit überwiegende Teil neugeschaffener Arbeitsplätze fällt in diese Kategorie. Damit hat sich die Ausprägung eines dualen Arbeitsmarktes mit großen Insider/Outsiderproblemen erheblich verschärft: äußerst geschützte, gut bezahlte Arbeitsplätze einerseits, wenig geschützte und oft schlechter bezahlte Zeitarbeitsplätze andererseits. Zudem waren die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung — auch bei relativ kurzen Qualifizierungsperioden — hoch und überschritten für viele Kategorien von Arbeitnehmern sogar den Nettoarbeitslohn, so daß die Regierung von 1994 an die Leistungen der Steuer- und Sozialversicherungspflicht unterwarf. Um eine weitere Aufspaltung des Arbeitsmarktes einzudämmen, wurden einerseits die Möglichkeiten, auch bei Arbeiten von prinzipiell nicht begrenzter Dauer Zeitverträge abzuschließen, stark eingeschränkt; zudem wurden Entlassungen bei Dauerarbeitsverträgen im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten erleichtert. Allerdings bleiben die Arbeitsschutzbestimmungen im internationalen Vergleich streng und die im Falle einer Entlassung zu zahlenden Abfindungen äußerst hoch; sie betragen durchschnittlich mehr als einen Jahreslohn¹.

Von großer Bedeutung für die interne Flexibilität der Unternehmen ist die in Angriff genommene allmähliche „Aufweichung“ der „*Ordonanzas Laborales*“, von denen mehr als die Hälfte nach Zustimmung der Sozialpartner in den letzten zwei Jahren abgeschafft und durch frei ausgehandelte kollektive Vereinbarungen ersetzt wurden. Konnten nach den früheren Regelungen schon bei relativ geringfügigen Veränderungen der individuellen Arbeitsbedingungen die Arbeit verweigert und hohe Lohnersatzleistungen bezogen werden, so haben die Unternehmen nunmehr erheblich erleichterte Bedingungen zur Einführung modernerer Produktionsmethoden. Weitere Reformen in den Arbeitsbeziehungen umfassen eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die nach den Gesetzen bis 1994 fast ausgeschlossen war, sowie die Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen, die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen mit redu-

¹ Vgl.: OECD, *Economic Survey Spain 1996*, S. 64.

zierten Eingangsvergütungen u.a.m. Besonders erfolgreich scheint die Ausweitung der Teilzeitarbeitsplätze gewesen zu sein; allein 1994 wurden hierdurch etwa 300 000 neue Stellen geschaffen.

Die Modernisierung der Arbeitsmarktstrukturen erhöht die Effizienz der Produktion. Es bleibt aber offen, inwieweit die Schaffung neuer Arbeitsplätze nur substitutiv erfolgt und ob — solange sich das Wirtschaftswachstum nicht dauerhaft verstärkt — mit den Reformen das Problem der Arbeitslosigkeit entschärft werden kann.

Reform der Sozialsysteme

Reformen im Bereich der sozialen Sicherung gab es nicht nur im Hinblick auf die bereits erwähnten Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die in den letzten Jahren reduziert wurden, sondern auch beim Rentensystem und beim Gesundheitssystem. Während in beiden Systemen die Kosten seit den siebziger Jahren immer kräftig stiegen und damit auch die Beiträge in die Höhe trieben, wird seit einigen Jahren die langfristige (Nicht-)Finanzierbarkeit vor allem des Rentensystems in den Vordergrund gestellt. Der Anteil der Rentenzahlungen am Bruttoinlandsprodukt nahm von etwa 3 vH im Jahre 1980 auf etwa 9 vH im Jahre 1995 zu².

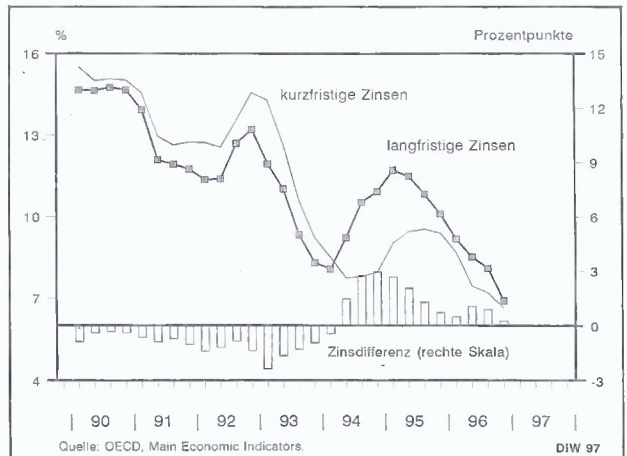
Dies war insbesondere Folge eines immer großzügigeren Ausbaus der Rentenleistungen sowohl für den „normalen“ Fall als auch für den Fall der Invaliditätsrenten und Hinterbliebenenrenten. Normale Altersrenten entsprechen etwa der vollen Höhe des letzten Einkommens, und bereits 15 Beitragsjahre garantieren 60 Prozent des letzten Lohnes. Zwar gab es mit dem sogenannten Toledo-Pakt verschiedener politischer Parteien Absichtserklärungen zur Reform insbesondere des Rentensystems, und die öffentliche Diskussion hierüber hat sich in den letzten Jahren erheblich intensiviert, jedoch sind bisher keine wirksamen Maßnahmen beschlossen worden.

Reform des Lohnbildungsprozesses

Ein Teil der im langjährigen internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Preissteigerungen wird nicht nur den Rigiditäten des Arbeitsmarktes i.e.S., sondern auch dem Lohnbildungsprozeß zugeschrieben. Zum einen sind in den kollektiven regionalen und sektoralen Verhandlungen ertragsstarke Unternehmen überrepräsentiert, die zumeist auch überdurchschnittliche Löhne zahlen. Zum anderen haben in der Vergangenheit umfassende Indexierungsklauseln häufig zum Ingangsetzen der „Lohn-Preis-Spirale“ geführt, und dies insbesondere im Gefolge von Abwertungen mit entsprechenden negativen Wirkungen für den Arbeitsmarkt und die Preisbildung. Nach den Abwertungen von 1992/93 hat die Regierung erstmals — zunächst innerhalb des öffentlichen Sektors — versucht, diesen Mechanismus außer Kraft zu setzen. Jedoch ist man schon 1995/96 weitgehend zu Indexklauseln zurückgekehrt. Nach der Entschärfung dieses Problems in Italien

Schaubild 3

Zinsentwicklung und -struktur in Spanien



ist nunmehr Spanien das einzige größere Industrieland in Europa, in dem die Lohnindexierung noch eine bedeutende Rolle spielt und damit in bestimmten konjunkturellen Konstellationen eine Preisstabilisierung erschwert oder durch die laufende wirtschaftliche Entwicklung nicht begründete Nominallohnsteigerungen erzwingt.

Arbeitsmarktkrise dauert an — mehr Wachstumsdynamik durch EWWU-Teilnahme?

Im letzten Jahr hat sich die Wirtschaft von der konjunkturellen Abschwächung im zweiten Halbjahr 1995 etwas erholt. Im Jahresvergleich 1996/95 wird dies allerdings noch nicht deutlich, da aufgrund des hohen Überhangs aus 1994 die Jahreswachstumsraten für 1995 noch relativ gut ausgefallen waren. Die wirtschaftliche Belebung beruhte vor allem auf einem wieder kräftigen Anstieg der Exporte, aber auch auf einer Erholung der Unternehmensinvestitionen, die durch niedrigere Finanzierungskosten und einen moderaten Lohnanstieg angeregt wurden. Die leichte Aufwertung der Peseta hat den Prozeß der Begrenzung des Preisanstiegs unterstützt; die Inflationsrate lag am Jahresende 1996 nur noch bei etwas über 3 vH.

Die wirtschaftspolitische Konstellation hat sich insgesamt gegenüber dem Beginn der neunziger Jahre verbessert. Die Reformen auf der Angebotsseite, insbesondere die allmähliche Beseitigung der korporatistischen Strukturen und die Neugestaltung der Tarifverhandlungen, haben die Wirtschaft wesentlich anpassungsfähiger gemacht, wenngleich immer noch wichtige Reformen bei der Lohnindexierung und dem kaum noch zu finanzierenden Rentensystem ausstehen. Auf der Nachfrageseite werden die Möglichkeiten durch den Konsolidierungskurs der Finanzpolitik beschränkt. Von umso größerer Bedeutung ist die Rolle der Geldpolitik. Zwar ist das Zinsniveau im Verlauf des letzten Jahres deutlich gesunken, jedoch blieb die

² OECD, a.a.O., S. 79.

Zinsstruktur ungünstig. Hierin spiegelt sich die Ausrichtung der Geldpolitik sowohl am Ziel der wechsellkurspolitischen als auch der preispolitischen Stabilisierung wider. Nicht gelungen ist es der Wirtschaftspolitik, einen seit 1994 angestrebten sozialen Pakt zu realisieren, der eine „nicht-inflationäre“ Rückkehr zu einer niedrigeren Arbeitslosenquote erleichtern sollte und auch die völlige Abschaffung der Lohnindexierung bedeutet hätte.

Insgesamt ist das konjunkturelle Bild für 1997 zwiespältig. Das Wirtschaftswachstum ist im europäischen Vergleich zwar überdurchschnittlich hoch, und der Preisauftrieb ist gegenwärtig gedämpft. Indes lassen die finanz- und geldpolitischen Bedingungen das Wachstum gegenwärtig noch nicht als gesichert erscheinen, auch wenn die leichte Konjunkturerholung bei den wichtigsten Handelspartnern hilfreich ist. Wie die jüngsten Streiks zeigen, in denen es nicht nur um höhere Löhne, sondern insbesondere um erheblich erweiterte Möglichkeiten zur Frühverrentung mit ungekürzten Rentenbezügen ging, sind die Ansprüche an das Sozialsystem weiter hoch, und auch die Ansätze zum sozialen Konsens sind wieder in Gefahr.

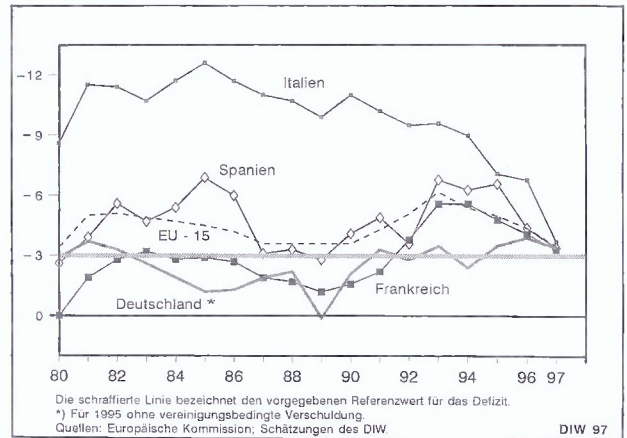
Vor allem aber ist keine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit in Sicht; die Arbeitslosenquote dürfte mittelfristig bei über 20 vH verharren. Ein besonderes Problem bildet die hohe Jugendarbeitslosigkeit; die Quote lag hier zuletzt bei über 42 vH. Für Spanien, das eine sofortige Teilnahme an der EWWU anstrebt, stellt sich damit auch die Frage, welche Vor- und Nachteile sich gerade für die Entschärfung des Arbeitslosenproblems aus einer solchen Teilnahme ergeben. Ist die Finanzpolitik, wie gegenwärtig, nur zu begrenztem Handeln fähig, so wäre nur eine beschäftigungsorientierte Geldpolitik in der Lage, die Investitionstätigkeit anzuregen und damit einen höheren Beschäftigungsstand zu ermöglichen. Es ist allerdings fraglich, ob die zukünftige Europäische Zentralbank eine solche Strategie einschlagen oder nicht eher dem Beispiel der Bundesbank einer fast ausschließlich am Ziel der Preisstabilität ausgerichteten Politik folgen wird. Problematisch für die Arbeitsmarktsicherung kann dies insbesondere sein, wenn, wie gegenwärtig noch in Spanien, die Lohnpolitik nicht ebenfalls beschäftigungspolitisch orientiert ist, d.h. dafür sorgt, daß der Geldwert stabil bleibt. Studien haben gezeigt, daß die sogenannte NAIRU-Rate (diejenige Arbeitslosenquote, die mit einem gleichbleibenden Preisanstieg vereinbar ist), in Spanien mit etwa 17 vH sehr hoch ist³. Auch wenn dieses Konzept nicht überbewertet werden sollte, zeigt es doch, daß dem Abbau der Lohnindexierung und dem möglichen Mißbrauch der hohen Arbeitslosenversicherungsleistungen weiterhin Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Fazit

Die spanische Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren schwierigen Anpassungsprozessen unterzogen. Insbesondere wurden die Arbeitsmarktstrukturen modernisiert.

Schaubild 4

Finanzierungssaldo des Staates in vH des Bruttoinlandsprodukts



Andererseits stehen im Lohnbildungs- und Sozialbereich noch wichtige Reformen aus, deren Ausbleiben sowohl die finanzpolitische Konsolidierung als auch die nachhaltige Dämpfung des Preisauftriebs erschweren. Nur wenn die Lohnpolitik die Geldpolitik unterstützt, kann es zu größeren Fortschritten beim Abbau der Arbeitslosigkeit kommen. Aus demographischen und strukturellen Gründen braucht Spanien ein besonders dynamisches Wirtschaftswachstum, um langfristig zu einer Normalisierung am Arbeitsmarkt zu kommen.

Die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion könnte hierbei — eine befriedigende wirtschaftliche Entwicklung in Europa vorausgesetzt — vor allem über ein vergleichsweise niedrigeres Zinsniveau helfen. Trotz unbestreitbarer andauernder Probleme in der Wirtschaft will Spanien schon zu Beginn der EWWU dabei sein. Es dürfte bei den fiskalpolitischen Referenzwerten, insbesondere beim Anteil des Defizits der öffentlichen Haushalte am Bruttoinlandsprodukt, nicht schlechter abschneiden als die anderen großen Industrieländer. Die Entscheidung über eine Teilnahme Spaniens ist aber von weitreichender Bedeutung. Portugal und Italien, die manche ihrer — vor wenigen Jahren noch ähnlichen — Probleme bereits besser gelöst haben als Spanien, könnten dann sowohl aus ökonomischen als auch aus politischen Gründen kaum von einer Teilnahme ausgeschlossen werden. Dies gilt um so mehr, als sich abzeichnet, daß alle größeren europäischen Industrieländer bei einer nur leichten Streuung mit ihren Defizit-Referenzwerten in einer Größenordnung von $3\frac{1}{4}$ bis $3\frac{3}{4}$ vH des Bruttoinlandsprodukts und damit noch innerhalb der Interpretationsspielräume des Maastricht-Vertrages liegen könnten. Die Entscheidung über eine Qualifizierung Spaniens für die EWWU wird damit zum Angelpunkt der Entscheidung für eine zunächst nur sehr kleine oder eine wesentlich umfassendere Währungsunion.

³ OECD, a.a.O., S. 56.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3-428-05800-3). DM 19,80 / öS 145,— / sFr 20,—.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3-428-06201-9). DM 56,— / öS 409,— / sFr 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3-428-06311-2). DM 54,— / öS 394,— / sFr 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. (3-428-06387-2). DM 82,60 / öS 603,— / sFr 83,—.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. (3-428-07253-7). DM 62,— / öS 453,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3-428-07380-0). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3-428-07479-3). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. (3-428-07521-8). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 150 **Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000.** Von Bernd Görzig, Martin Gornig und Erika Schulz. 114 S. 1994. (3-428-08001-7). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 151 **Wechselwirkungen zwischen Infrastrukturausstattung, strukturellem Wandel und Wirtschaftswachstum.** Von Stefan Bach, Martin Gornig, Frank Stille und Ulrich Voigt. 249 S. 1994. (3-428-08188-9). DM 138,— / öS 1.007,— / sFr 138,—.
- Heft 152 **Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin.** Von Klaus-Peter Gaulke. 179 S. 1994. (3-428-08187-0). DM 118,— / öS 861,— / sFr 118,—.
- Heft 153 **Gesamtwirtschaftliche Position der Medien in Deutschland 1982-1992.** Von Wolfgang Seufert. 263 S. 1994. (3-428-08255-9). DM 142,— / öS 1037,— / sFr 142,—.
- Heft 154 **Zeitreihen für das Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener, Manfred Melzer, Joachim Schintke und Nicolai Mynter. 115 S. 1994. (3-428-08256-7). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 155 **Technologische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland — Theoretische und empirische Aspekte einer international vergleichenden Analyse.** Von Dieter Schumacher, Heike Belitz, Alfred Haid, Kurt Hornschild, Hans J. Petersen, Florian Straßberger, Harald Trabold unter Mitarbeit von Marian Beise. 369 S. 1995. (3-428-08360-1). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 156 **Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Dietmar Edler, Frank Fleischer, Kurt Hornschild, Angela Scherzinger und Florian Straßberger. 191 S. 1995. (3-428-08372-5). DM 122,— / öS 891,— / sFr 122,—.
- Heft 157 **Wirtschaftliche Aspekte einer Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin.** Von Thomas Döring, Kurt Geppert, Manfred Horn, Eckhard Kutter und Dieter Vesper. 304 S. 1995. (3-428-08373-3). DM 158,— / öS 1.153,— / sFr 158,—.
- Heft 158 **Industriegüterimporte der EG aus Lateinamerika — Rahmenbedingungen und Perspektiven —.** Von Hans J. Petersen, Uta Möbius, Katharina Müller, Siegfried Schultz und Christian Weise. 218 S. 1995. (3-428-08393-8). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 159 **Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland — Konzeption, Erstellung, Auswertung.** Von Utz-Peter Reich, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Joachim Schintke und Wolfgang Eichmann. 324 S. 1995. (3-428-08394-6). DM 164,— / öS 1.197,— / sFr 164,—.
- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de/>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Ausländische Direktinvestitionen in den Transformationsländern. Bearbeitet von Siegfried Schultz. — *Spaniens Wirtschaft im Vorfeld der EWWU — Hohe Arbeitslosigkeit erfordert dynamisches Wachstum.* Bearbeitet von Joachim Volz.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des DIW —

DEUTSCHLAND

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
						Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungs- güter- produzenten	Investitions- güter- produzenten	Gebrauchs- güter- produzenten	Verbrauchs- güter- produzenten				
		in 1000				1991 = 100													
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1995	J	3549		320		98,4		93,8		107,3		102,1		98,3		85,7		94,0	
	F	3510	3521	323	322	99,2	98,4	95,0	94,3	107,2	106,4	103,2	102,4	98,6	98,4	86,1	84,7	94,7	94,0
	M	3508		325		97,7		94,0		104,8		101,8		98,1		82,4		93,4	
	A	3549		326		96,8		93,2		104,0		100,4		96,7		84,0		94,6	
	M	3562	3569	327	325	98,0	96,8	94,6	93,0	104,9	104,5	99,3	99,3	101,2	98,1	85,5	84,3	94,5	94,7
	J	3599		324		95,6		91,2		104,6		98,3		96,4		83,5		94,9	
	J	3621		325		96,8		92,9		104,8		97,9		100,4		83,6		94,7	
	A	3651	3654	323	322	95,3	96,0	91,1	92,0	104,0	104,2	96,8	96,7	98,1	99,8	82,5	83,6	94,5	94,6
	S	3691		318		95,8		92,0		103,9		95,5		100,8		84,7		94,7	
	O	3723		316		93,3		89,0		101,8		94,2		94,9		84,1		94,5	
	N	3758	3761	318	317	94,4	93,6	90,8	89,3	101,6	102,1	93,3	93,5	99,2	96,7	84,9	84,5	93,6	93,5
	D	3804		318		93,0		88,0		102,9		93,1		96,0		84,4		92,5	
1996	J	3829		325		95,1		90,4		104,5		95,8		97,6		85,4		93,6	
	F	3908	3893	324	326	93,5	94,5	87,8	89,1	104,8	105,3	93,4	94,5	97,3	98,0	83,7	85,2	91,5	92,9
	M	3944		331		95,0		89,2		106,6		94,3		99,1		86,6		93,7	
	A	3913		332		96,4		90,4		108,4		96,4		100,5		86,8		92,9	
	M	3931	3928	330	332	95,2	96,3	88,0	90,3	109,3	108,4	97,0	97,0	95,8	99,3	86,8	86,9	93,2	93,1
	J	3941		334		97,4		92,4		107,5		97,7		101,5		87,0		93,3	
	J	3962		327		96,4		89,3		110,5		98,6		97,3		87,5		92,0	
	A	3993	3995	325	326	97,6	96,4	90,2	89,2	112,5	110,9	99,5	99,1	98,8	96,7	89,8	87,8	92,2	92,1
	S	4031		327		95,2		88,0		109,7		99,1		94,0		85,5		92,2	
	O	4077		326		98,5		90,9		113,8		100,7		100,7		87,6		90,7	
	N	4128	4123	325	328	97,2	96,9	88,7	89,0	114,0	112,5	100,6	99,9	97,5	97,6	85,3	85,8	91,8	91,6
	D	4167		333		94,9		87,5		109,7		98,1		94,5		84,3		92,4	
1997	J	4290		328		98,2		89,0		116,5		99,5		101,6		87,6		91,4	
	F	4277		334															
	M																		
	A																		
	M																		
	J																		
	J																		
	A																		
	S																		
	O																		
	N																		
	D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. Werden bei besonders günstiger Lage der Feiertage in einem Dezember gehäuft Urlaubstage o.ä. genommen, so kann dies das Saisonbereinigungsverfahren wegen der Unregelmäßigkeit des Auftretens nicht als Saisonkomponente erkennen, sondern weist diesen „Verlust“ als konjunkturelles Phänomen aus. Die Ergebnisse für Dezember und Januar müssen deshalb allgemein — und insbesondere für die Jahreswende 95/96 — im Zusammenhang gesehen werden.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr		
			in 1000		1991 = 100										1994 = 100		Mrd. DM		
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1995	J	6860		96,2		90,4		89,3		97,5		122,8		101,0		60,9		52,7	
	F	6851	6850	97,0	96,7	91,4	91,6	87,0	87,5	97,6	97,3	139,4	130,1	100,8	100,8	61,7	183,8	55,6	163,3
	M	6839		96,9		93,0		86,2		96,9		128,1		100,6		61,2		55,0	
	A	6824		96,6		91,1		84,7		97,5		125,4		100,8		61,4		54,9	
	M	6811	6810	97,0	96,6	93,2	92,4	86,8	85,3	97,2	97,1	126,6	125,2	102,8	101,9	61,5	186,2	54,5	165,7
	J	6796		96,3		92,9		84,3		96,7		123,6		102,0		63,3		56,3	
	J	6783		95,9		93,1		82,8		96,7		123,2		100,0		61,8		55,3	
	A	6763	6763	95,4	95,6	93,2	93,2	83,4	82,9	96,7	96,7	123,1	122,0	101,2	100,7	61,7	187,8	55,1	167,0
	S	6744		95,6		93,3		82,5		96,7		119,7		100,8		64,2		56,6	
	O	6717		95,0		93,3		82,5		96,1		119,9		99,2		62,7		55,7	
	N	6698	6694	95,1	94,7	94,8	94,5	83,0	81,9	95,6	95,6	119,1	116,6	100,9	99,8	63,2	188,6	55,1	165,8
	D	6670		93,9		95,3		80,3		95,2		110,8		99,2		62,7		55,0	
1996	J	6682		95,6		95,2		84,5		95,0		114,0		101,5		63,1		57,9	
	F	6648	6648	94,3	94,8	93,6	93,9	85,8	84,8	95,3	95,4	97,7	106,3	101,8	100,8	62,8	189,4	54,6	168,2
	M	6615		94,5		93,0		84,2		95,8		107,3		99,2		63,5		55,7	
	A	6588		95,0		95,4		84,9		96,3		113,9		102,6		64,3		56,5	
	M	6558	6557	94,9	95,2	93,9	94,7	83,2	84,1	96,7	96,5	112,0	112,7	99,8	100,5	64,0	190,8	56,0	168,7
	J	6527		95,7		94,9		84,3		96,6		112,2		99,0		62,5		56,1	
	J	6497		96,3		95,2		87,6		95,9		115,2		103,0		66,9		56,8	
	A	6471	6473	96,8	96,5	95,1	95,6	87,5	86,7	95,6	95,8	111,1	112,9	100,8	100,9	65,2	196,7	56,9	169,8
	S	6451		96,4		96,6		85,0		95,8		112,5		99,0		64,5		56,2	
	O	6445		96,6		96,1		85,6		95,7		112,1		102,4		68,3		58,9	
	N	6413	6419	96,9	96,4	96,9	96,0	84,7	84,0	95,7	95,7	107,9	111,9	100,0	99,8	68,1	203,0	60,0	177,0
	D	6400		95,8		94,9		81,8		95,7		115,7		96,9		66,6		58,1	
1997	J			97,2		98,6		84,6		95,6		106,9							
	F																		
	M																		
	A																		
	M																		
	J																		
	J																		
	A																		
	S																		
	O																		
	N																		
	D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. Werden bei besonders günstiger Lage der Feiertage in einem Dezember gehäuft Urlaubstage o.ä. genommen, so kann dies das Saisonbereinigungsverfahren wegen der Unregelmäßigkeit des Auftretens nicht als Saisonkomponente erkennen, sondern weist diesen „Verlust“ als konjunkturelles Phänomen aus. Die Ergebnisse für Dezember und Januar müssen deshalb allgemein — und insbesondere für die Jahreswende 95/96 — im Zusammenhang gesehen werden.